

Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2026

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Bläse, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

wir leben in bewegten Zeiten. Weltweit stehen wir vor großen Herausforderungen – Kriegen, Konflikten und Angriffen auf Freiheit und Menschenrechte. Doch gerade in solchen Momenten zeigt sich, wie stark, solidarisch und handlungsfähig unsere Gesellschaft ist. Diese globalen Entwicklungen wirken sich auch auf uns aus, auf Wirtschaft, Energieversorgung und den Zusammenhalt vor Ort, in Baden-Württemberg und im Ostalbkreis.

Umso wichtiger ist es jetzt, einen verlässlichen und zukunftsorientierten Haushalt aufzustellen. Wir müssen unsere finanziellen Spielräume klug und verantwortungsvoll nutzen, mit Weitblick, Maß und sozialem Gewissen. Denn Krisen sind auch Chancen: Sie zeigen, wo wir investieren müssen, um unsere Zukunft zu sichern.

Darum sollten wir gezielt in Menschen, Bildung, Gesundheit, Wirtschaft, Arbeitsplätze, Demokratie und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt investieren. Ein Haushalt ist mehr als ein Zahlenwerk, er ist Ausdruck dessen, was uns wichtig ist, und ein Bekenntnis zu unseren gemeinsamen Werten und Zielen.

Finanzielle Verantwortung

Das Gesamtvolumen des Kreishaushaltes beträgt 2026 1,16 Milliarden Euro. Am Ende des Jahres 2026 werden wir voraussichtlich einen Schuldenstand von ca. 115 Mio. Euro haben. Der Kreis kann im dritten Jahr in Folge keinen ausgeglichenen Ergebnishaushalt vorlegen, es fehlen rund 16,32 Mio. €. Insgesamt wollen wir 22,5 Mio. € an Krediten aufnehmen. Und dabei ist eine weitere Kreditaufnahme von 30 Mio. € zur Deckung eines weiteren Teils des Klinikdefizites noch gar nicht eingerechnet.

Vor allem die defizitären Kliniken und die stark angestiegenen Ausgaben im Sozialbereich schlagen hier zu Buche. Wir müssen sparsam wirtschaften und klare Prioritäten setzen. Und unabdingbar ist: Wenn Bund und Land Aufgaben auf die Landkreise übertragen, müssen sie diese auch finanzieren. Vom Land Baden-Württemberg erwarten wir endlich konkrete Schritte bei der Finanzierung der

Eingliederungshilfe, des Klinikbetriebes, der gebührenfreien Kindergärten, der Schülerbeförderung und beim ÖPNV.

Wir schlagen deshalb eine gemeinsame Resolution des Kreistages vor, die Bund und Land auffordert ihrer Finanzierungsverantwortung nachzukommen.

Wie 2025 versprochen, soll die Kreisumlage im Jahr 2026 um einen Prozentpunkt auf 36,90 Prozent gesenkt werden. Wir wissen um die prekäre Situation des Kreises, aber auch in den Kommunen und Städten sind die „fetten Jahre“ vorbei. Die Absenkung klingt zunächst gut. Tatsächlich erhöht sich die Kreisumlage gegenüber 2025 um 12,7 Mio. € bzw. 5 %. Die Aufwendungen im Ergebnishaushalt steigen hingegen nur um 2,7 %. Gleichzeitig gehen die Schlüsselzuweisungen zurück – wobei hier noch nicht alle Zahlen endgültig feststehen.

Wir meinen: Trotz aller Herausforderungen bleibt finanzieller Spielraum. Deshalb sollten wir in den anstehenden Beratungen genau prüfen, ob wir durch eine weitergehende Senkung der Kreisumlage unsere Kommunen nicht doch etwas stärker entlasten können.

Den Vorschlag des Landrats, die Investitionsmittel des Bundes im Verhältnis 20–20–60 für Bildung, Wirtschaft und unsere Kliniken einzusetzen, unterstützen wir ausdrücklich. *Gleichzeitig halten wir es für sinnvoll, zusätzlichen finanziellen Spielraum, der sich durch Minderausgaben oder Mehreinnahmen ergibt, gezielt zur Reduzierung der Kreditaufnahme zu nutzen.* Damit stärken wir langfristig die Handlungsfähigkeit unseres Kreises.

Wirtschaft und Arbeit – Transformation sozial und innovativ gestalten

Der Ostalbkreis ist wirtschaftlich stark – getragen von Industrie, Handwerk, Mittelstand, Hochschulen und engagierten Menschen. Doch die Transformation in der Automobilbranche, in Pflege und Energiewirtschaft verändert Arbeitsplätze und verlangt neue Qualifikationen, neue Denkweisen und Kreativität. Wirtschaft und Beschäftigung brauchen gerade jetzt hohe Priorität. Die Zahl von 7.213 Arbeitslosen im Oktober 2025 – ein Plus von 745 gegenüber dem Vorjahr und 1.317 gegenüber 2023 – zeigt deutlich den Handlungsbedarf.

Wir unterstützen ausdrücklich die gemeinsame Transformationsinitiative der Kammern, des Landkreises und der Unternehmen mit ihren Transfermaßnahmen, Qualifizierungen und Impulsen. Wir befürworten verstärkte Innovationsschwerpunkte in Photonik, Batterieforschung und KI. Eine aktive Strukturpolitik, die Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und soziale Verantwortung verbindet, ist der richtige Weg.

Wenn die Konjunktur wieder anzieht, müssen wir technologisch vorne sein – mit neuen Produkten, starken regionalen Strukturen und mit Nischen, deren Entwicklung die Konjunktur ankurbeln kann.

Viel wird bereits im Bereich KI unternommen, was jedoch fehlt, sind regionale Rechen- und Cloud-Zentren für unsere datenintensive Maschinenbau- und Photonik Industrie. Mit dem neuen Windenergieplan Ostwürttemberg stehen vor Ort ausreichend erneuerbare Energien bereit, im Gegensatz zu den Ballungsräumen. Diese Chance dürfen wir nicht anderen Regionen überlassen.

Wir regen daher an, dass die Wirtschaftsförderung des Landkreises gemeinsam mit den Kammern einen konkreten Plan entwickelt, wie wir die Zukunft notwendige Recheninfrastruktur im Kreis ansiedeln können, und zwar über den Ausbau des Hochgeschwindigkeitsnetzes hinaus. Eine Informationsfahrt nach Heilbronn, wo derzeit ein zentraler Knotenpunkt der digitalen Zukunft unseres Landes entsteht, könnte wertvolle Impulse liefern.

Ein weiterer Punkt: 2027 wird die Gebietskulisse der Bundes-Wirtschaftsförderung neu verhandelt. Bislang gehört der Ostalbkreis nicht dazu. Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit – insbesondere im Raum Schwäbisch Gmünd – wäre eine Aufnahme jedoch gerechtfertigt.

Deshalb schlagen wir vor, dass sich der Landkreis gegenüber Bund und Land für die Aufnahme, zumindest des Raums Schwäbisch Gmünd, in die „Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung“ einsetzt und dazu aktiv Bündnisse schmiedet.

Soziale Verantwortung – der Mensch im Mittelpunkt

Fast die Hälfte unseres Gesamthaushalts fließt in den Sozialbereich. Der Zuschussbedarf hat sich in 15 Jahren nahezu verdoppelt und liegt 2025 bei 206 Mio. Euro. Das ist Ausdruck unserer Verantwortung: Wir sichern Lebenslagen und ermöglichen Teilhabe. Das muss auch so bleiben, selbst bei knapper werdenden Spielräumen.

Untragbar ist jedoch, dass soziale Aufgaben stetig wachsen, aber strukturell unterfinanziert bleiben, etwa in der Eingliederungshilfe oder der Schulsozialarbeit. Die Eingliederungshilfe ist mit über 100 Mio. Euro der größte Posten. Es geht dabei um weit mehr als Geld, aber steigende Kosten können nicht allein von den Kommunen getragen werden. So wie das Land heute 68 % der Grundschulbetreuung finanziert, braucht es auch in anderen Kernbereichen eine faire Kostenbeteiligung.

Die Überlegungen des Landkreistags, den Rahmenvertrag Eingliederungshilfe zu kündigen, sehen wir sehr kritisch. *Wir bitten Sie, Herr Landrat Dr. Bläse, diese Kündigung nicht zu unterstützen, da sie jahrelange Unsicherheit für Einrichtungen und letztlich Nachteile für Menschen mit Behinderung bedeuten würde.*

Sparen ist derzeit überall ein Thema, doch wir müssen genau hinschauen, wo Einsparungen wirklich sinnvoll sind. Der neue Schuldneratlas von Creditreform zeigt deutlich: Überschuldung ist auch im Ostalbkreis längst kein Randphänomen mehr. Alle gesellschaftlichen Gruppen sind betroffen, besonders die über 60-Jährigen und die unter 30-Jährigen.

Als SPD haben wir uns intensiv dafür eingesetzt, gerade hier keine Kürzungen vorzunehmen. Leider hat die Verwaltung – unterstützt von der Mehrheit im Kreistag – anders entschieden. Heute zeigt sich, wie falsch dieser Weg war.

Deshalb beantragen wir im Sozialausschuss einen umfassenden Bericht: Wie läuft die Beratung im Schuldner-Pflichtbereich aktuell? Welche Kapazitäten stehen noch zur Verfügung? Und wie stellt sich die Verwaltung die zukünftige Ausgestaltung dieser wichtigen Aufgabe vor?

Auch die Bereiche Demografie und Pflege bleiben große Herausforderungen: Der Ansatz „Hilfe zur Pflege“ steigt um über 2 Mio. Euro, weil ältere Menschen länger und intensiver Unterstützung brauchen. Pflege darf aber nicht zur Armutsfalle werden. Wir benötigen Modelle, die Menschen ein langes Leben in der eigenen Wohnung ermöglichen oder qualitativ gutes „Betreutes Wohnen“ bieten. Klar ist: Ohne ausländische Fachkräfte wird die Pflege nicht zu stemmen sein. Deshalb unterstützen wir das „Bündnis ausländische Fachkräfte“ und die Pflegekampagne. *Neben Willkommenskultur brauchen wir vor allem eine Bleibekultur.*

Bei aller demografischen Entwicklung bleibt unsere Verantwortung gegenüber jungen Menschen: Teilhabe sichern, Chancen ermöglichen und niemanden zurücklassen. Dazu zählt die Schulsozialarbeit, für die wir 2 Mio. Euro investieren und 78 Schulen unterstützen. *Es ist jedoch nicht akzeptabel, dass der Landeszuschuss seit 2012 unverändert geblieben ist.* So wird das Land seiner Verantwortung nicht gerecht.

Kliniken – Gesundheit ist Daseinsvorsorge

Das Thema Kliniken bleibt das herausforderndste Kapitel unseres Haushalts. Mit dem Medizinkonzept 2024 haben wir den Mut bewiesen, schmerzhafte, aber notwendige Strukturentscheidungen zu treffen. Jetzt kommt es darauf an, die

Übergangsmaßnahmen bis zur Fertigstellung des Regionalklinikums zügig umzusetzen, um das Defizit von rund 60 Millionen Euro zu reduzieren und gleichzeitig die Qualität der medizinischen Versorgung weiter zu verbessern. Leistungsgruppen, ausreichende Fallzahlen, Versorgungssicherheit und gute Erreichbarkeit müssen gewährleistet bleiben. Für die SPD-Fraktion ist dabei klar: Die kommunale Trägerschaft der drei Standorte mit ihren jeweiligen Profilen ist unverzichtbar.

Dass der Ostalbkreis seit Jahren ein Defizit von über 60 Millionen trägt, ist auch Folge einer unzureichenden und unzuverlässigen Krankenhausfinanzierung durch Bund und Land. Gesundheit ist kein Sparposten, sondern zentrale Daseinsvorsorge.

Unsere Kliniken leisten täglich hochwertige Versorgung: 2024 wurden über 40.500 Menschen vollstationär behandelt, rund 1.300 erstmals über Hybrid-DRGs abgerechnet – eine deutliche Steigerung gegenüber 2023. Dennoch schließt 2024 mit einem Defizit von –64 Mio. Euro ab; auch 2025 liegen wir bei etwa –60 Mio. Euro.

Mit dem Zielbild „Regionalversorger“ und den beschlossenen Strukturänderungen haben wir wichtige Weichen gestellt. Drei- oder zweifach vorgehaltene medizinische Angebote können wir personell und finanziell nicht länger stemmen. Entscheidend ist nun, die Übergangsmaßnahmen konsequent umzusetzen.

Für 2026 ist ein Defizit von –58 Mio. Euro geplant, das bis 2029 auf –39 Mio. Euro sinken soll. Auf solchen Zahlen dürfen wir uns nicht ausruhen. Die SPD-Fraktion erwartet zusätzliche Anstrengungen zur Defizitreduzierung. Neben erweiterten Einkaufskooperationen und einer erneuten Überprüfung der Leistungsangebote braucht es weitere kurzfristig wirksame Maßnahmen. Wir sehen klare Potenziale: durch schlankere und effizientere Prozessabläufe, ein konsequentes Betten- und Personalmanagement, die Reduktion teurer Leasingkräfte, die stärkere Nutzung ambulanter Erlösmöglichkeiten, insbesondere Hybrid-DRGs, sowie durch Verbesserungen der Kodierqualität. Auch Energieeinsparungen, die gemeinsame Nutzung von Labor-, IT- oder Logistikstrukturen mit Partnerkliniken und die wirtschaftliche Nutzung nicht benötigter Flächen können schnell spürbare Effekte erzielen. Wir erwarten, dass all diese Optionen geprüft und – wo sinnvoll – zeitnah umgesetzt werden, um das Defizit nachhaltig zu reduzieren, ohne die Versorgungsqualität zu gefährden.

Zum Schluss möchten wir erneut betonen: *Eine gut erreichbare, hochwertige medizinische Versorgung in kommunaler Trägerschaft ist für uns nicht verhandelbar. Wir können eine Zusammenarbeit mit der SRH im Bereich der neurologischen*

Rehabilitation weiterverfolgen, aber ohne Abgabe der Trägerschaft und ohne Privatisierung.

Nur das ist verantwortungsvoll, zukunftsorientiert und entspricht dem, was wir im Kreistag beschlossen haben und dem, was wir den Menschen und den Beschäftigten in den Kliniken zugesagt haben.

Bildung und Betreuung– Zukunft sichern

Wenn wir über Generationengerechtigkeit sprechen, heißt das vor allem: Wir müssen heute investieren, damit Kinder und Jugendliche morgen echte Chancen haben. Im Ostalbkreis wurde in den vergangenen Jahren viel aufgebaut – durch die Schulsozialarbeit, den „Pakt Schule der Zukunft“, das Übergangsmanagement, AVdual-Begleitung, das Bildungsbüro sowie starke Kooperationen mit Schulen, Hochschulen und zahlreichen Partnern. Allein 167 Bildungspartnerschaften zeigen, wie breit unsere Bildungslandschaft getragen wird.

Jeder Euro, den wir in Bildung investieren, ist ein Euro gegen Armut, gegen Ausgrenzung und ein Euro für eine gute, selbstbestimmte Zukunft. Für uns als SPD ist besonders wichtig:

- Frühkindliche Förderung: Gute frühkindliche Bildung ist die wirksamste Form der Armutsprävention. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass zumindest das letzte Kita-Jahr gebührenfrei wird.
- Unterstützung der Kommunen: Beim Ausbau der Ganztagsbetreuung stehen die Kommunen vor großen Herausforderungen. Wir schlagen einen kreisweiten Ideen-Pool vor, der erfolgreiche Modelle sammelt und weitergibt.
- Bessere Landesfinanzierung: Die Schulsozialarbeit ist unverzichtbar, hier braucht es deutlich mehr Unterstützung durch das Land.
- Starke berufliche Schulen: Für die Fachkräftesicherung müssen wir weiter in moderne Ausstattung, guten Unterricht und attraktive Ausbildungswege investieren.

Gleichstellung – kein „nice to have“

Ein gerechter Haushalt muss geschlechtergerecht sein. Frauen tragen weiterhin die Hauptlast in Pflege, Kindererziehung und Teilzeit, oft in prekären Arbeitsverhältnissen. Das rächt sich später in der Rente. Gleichzeitig sichern viele Frauen die soziale Infrastruktur unseres Landkreises.

Wir müssen auch über Sicherheit sprechen: über Femizide, häusliche Gewalt, Diskriminierung, strukturelle Benachteiligung. Das Frauenhaus und die Beratungsstellen leisten Enormes. *Wir fragen daher: Reichen die Plätze und Beratungsstellen im Ostalbkreis aus? Wir bitten um einen Bericht.*

Gleichstellung ist kein Randthema, sie ist ein Gradmesser für Gerechtigkeit. Wir brauchen einen Kreis, der hinschaut und handelt. Die erweiterte EU- Charta für Gleichstellung bleibt dabei ein wichtiges Instrument, denn echte Teilhabe gelingt nur, wenn alle die gleichen Chancen haben – unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Lebenssituation.

Vertrauensaufbau in der Verwaltung stärken – Bürokratieabbau vorantreiben

Wer Bürokratie abbauen will, muss Vertrauen stärken. Mitarbeitende brauchen mehr Spielräume, eine Kultur der Verantwortung und eine positive Fehlerkultur. Dies stärkt nicht nur die Effizienz der Abläufe, sondern auch die Zufriedenheit von Bürgerinnen und Bürgern. Wenn Mitarbeitende ermutigt werden, Prozesse aktiv zu hinterfragen pragmatische Lösungen zu denken und eigenständig, im Interesse der Menschen vor Ort zu handeln, profitieren alle davon.

Gerade in Zeiten von Fachkräftemangel und wachsenden Anforderungen darf niemand das Gefühl haben, sich hinter Vorschriften verstecken zu müssen.

Beispiele, wie die Kreisverwaltung des Ostalbkreises Vertrauen und Verantwortungsbewusstsein stärken kann:

- Offene Fehlerkultur fördern: Fehler nicht als Makel, sondern als Chance zur Verbesserung begreifen.
- Prozesse gemeinsam hinterfragen: Mitarbeitende aktiv einbinden, um Abläufe zu vereinfachen und praxisnah weiterzuentwickeln.
- Mehr Entscheidungsspielräume schaffen: Richtlinien klar kommunizieren, aber Freiraum für situationsgerechtes Handeln lassen.
- Bürgerorientierte Haltung stärken: Verwaltung als Dienstleister verstehen, der im Sinne der Bürgerschaft denkt und handelt.

Vertrauensaufbau ist ein zentraler Schlüssel für eine moderne Verwaltung – dies schafft ein Arbeitsumfeld, in dem Mitarbeitende mutig, lösungsorientiert und im Interesse der Menschen im Ostalbkreis agieren können.

Dazu gehört auch die konsequente Anwendung des neuen Regelungsbefreiungsgesetzes und der Abbau von geistiger Routinearbeit.

So werden Kapazitäten frei für wertschöpfende Aufgaben.

Wir möchten die Verwaltung ausdrücklich für die Einführung der KI „EMMA“ loben. Die Erfahrung zeigt, dass Digitalisierung nicht in erster Linie als Werkzeug zur Personaleinsparung gesehen werden darf. Wir brauchen die Menschen jetzt, um Strukturen zu schaffen, die uns leistungsfähig halten, wenn demografische Effekte eintreten.

Mobilität und Klimaschutz – Zukunft vor Ort gestalten

Mobilität ist Voraussetzung für Teilhabe, besonders im ländlichen Raum. OstalbMobil, das Deutschlandticket und die Schülerbeförderung sind wichtige Bausteine. 2026 wird entscheidend sein, zu welchem Preis wir unsere rund 12 Millionen Buskilometer vergeben können. Klar ist: Das ÖPNV-Angebot darf nicht weiter ausgedünnt werden, wenn wir gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Kreis sichern wollen.

Umso unverständlicher sind die Entwicklungen auf Bundesebene: Während die Klimakrise eskaliert, Hitzerekorde fallen und Extremwetter zum Alltag werden, wird das Deutschlandticket teurer und gleichzeitig wird die Flugticketsteuer gesenkt. Das setzt völlig falsche Anreize zulasten von Klima und sozialer Gerechtigkeit. *Wer Klimaschutz ernst meint, muss ihn umsetzen und darf nicht nur darüber reden.* Unsere Zukunft und die unserer Kinder und Enkel hängt davon ab.

Wer die Verkehrswende will, darf sie nicht gegen Klimaschutz ausspielen. Wir brauchen einen verlässlichen ÖPNV, eine gut ausgebauten Straßen- und Schieneninfrastruktur, Investitionen in Radwege, Ladeinfrastruktur und klimaneutrale Fuhrparks. Klimaschutz ist längst mehr als Umweltpolitik, er ist Daseins- und Zukunftsvorsorge, Standortfaktor und Wirtschaftsförderung zugleich.

Klimaschutz ist kein Gegner der Wirtschaft, sondern ihre Zukunftschance. Dafür brauchen wir auch eine beschleunigte Energiewende: einen schnelleren Ausbau der Netzinfrastruktur, leistungsfähige Strom- und Wärmenetze und die konsequente Nutzung gemeinschaftlicher Lösungen wie klimaneutraler Wärmenetze. Nur so bleibt der Ostalbkreis ein attraktiver, moderner und lebenswerter Raum – für die Menschen von heute und die Generationen von morgen, ein klimaneutraler Ostalbkreis bis spätestens 2040 – sozial gerecht, ökologisch gut umgesetzt und wirtschaftlich stark.

Ausblick und Dank

Der Ostalbkreis steht vor großen finanziellen, sozialen und strukturellen Herausforderungen. Aber wir können auf große Stärken und viel Unterstützung bauen:

auf kluge Köpfe, engagierte Menschen, innovative Unternehmen, starke Bildungseinrichtungen und eine solidarische Gesellschaft.

Lassen Sie mich – auch im Namen meiner Fraktion – einen aufrichtigen Dank aussprechen für die kompetente Arbeit und das faire Miteinander, das unsere gemeinsame Arbeit im Kreistag prägt. Unser besonderer Dank gilt Ihnen, Herr Landrat Dr. Bläse. In diesen Dank eingeschlossen sind selbstverständlich auch unser Kämmerer Herr Kurz mit seinem Team, die gesamte „Verwaltungsbank“, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung und die Vertreterinnen und Vertreter der Presse. Ein herzliches Dankeschön gilt auch meiner SPD-Fraktion: für euren Einsatz, eure klaren Analysen und das engagierte Mitgestalten. All das hat wesentlich dazu beigetragen, diese Haushaltsrede zu formen.

Die vor uns liegenden Beratungen werden anspruchsvoll. Lassen Sie uns daher die Zeit und Sorgfalt investieren, die es braucht, um fundierte und zukunftsweisende Entscheidungen für unseren Kreis zu treffen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.